

Beschluss des Landrats vom 28.08.2025

Nr. 1246

14. Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)

2023/639; Protokoll: bw

Kommissionspräsident **Dominique Erhart** (SVP) führt aus, diese Vorlage führe auf eine Motion der GLP-Fraktion aus dem November 2023 zurück. Das Bundesparlament und der Bundesrat sollen, so verlangt es die Motion, gebeten werden, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit unter dem Gebot der bundesstaatlichen Rechtsgleichheit die ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft den übrigen Kantonen im Hinblick auf die Vertretung im Ständerat und vor allem Standesstimmen gleichgestellt werden. Heute redet man ja eigentlich nicht mehr von Halbkantonen, worauf die Motion auch hinweist.

Aus heutiger Sicht kann man zudem sagen, dass eine Unterrepräsentation der urbanen Gebiete im Parlament im Allgemeinen und im Ständerat im Speziellen offenkundig ist. Hier könnte die Aufwertung des Stadtkantons Basel-Stadt und des Kantons Basel-Landschaft mit seiner grossen Agglomeration das Gleichgewicht deutlich verbessern. Der Regierungsrat listet in seiner Vorlage mehrere einschlägige Vorstösse auf und betont, er stehe nach wie vor hinter dem Verfassungsauftrag auf Erhalt der vollen Standesstimme für den Kanton Basel-Landschaft respektive hinter dem Auftrag, eben darauf hinzuwirken. Es handelt sich um eine jahrelange Geschichte mit zahllosen Vorstössen in diese Richtung. Die Argumentation des Bundes ist eigentlich immer dieselbe. Dazu später mehr. Im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt wurde im Übrigen ein fast gleichlautender Antrag eingereicht, der aber die anderen Kantone mit einfacher Standesstimme nicht aufführt, während der Vorstoss BL eben auch auf die anderen Kantone mit nur einer Standesstimme fokussiert.

Die Kommission hat die Vorlage an der Sitzung am 23. Juni 2025 beraten. Es hat sich sehr schnell ein Konsens ergeben, dass man nämlich die vorgelegte Standesinitiative einreichen soll, ganz nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein». Nur weil man die vorgefasste Meinung des Bundes kennt, sollte uns das eigentlich nicht davon abhalten, den Daumen auf das Problem zu legen und beharrlich zu bleiben. Die Argumentation des Bundes ist immer wieder, dass das austarierte Gleichgewicht unter den Kantonen und Landesteilen nicht tangiert werden soll. Aber es gibt auch sehr viele Bundesparlamentarier, die der Meinung sind, man müsse diese Mängel beheben. Allerdings kommt dann wieder das Gegenargument, das aktuelle System sei historisch erklärbar. Eine Reform wird von der Kommission immerhin nachher als dringliches Anliegen qualifiziert. Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt im Landrat mit 11:0 Stimmen bei 1 Enthaltung, gemäss dem beiliegenden Landratsbeschluss zu beschliessen. Zudem wurde die Durchführung einer Eintretensdebatte beschlossen.

– *Eintretensdebatte*

Martin Karrer (SVP) bedankt sich beim Kommissionspräsidenten für die gewohnt detaillierten und guten Ausführungen zum Geschäft.

Für die Standesinitiative gibt es einige Argumente, die auch klar für eine Annahme in Bern sprechen sollten. Beide ehemalige Halbkantone hätten durch ein volles Ständerecht mehr politische Mitbestimmung und das gleiche Recht wie die restlichen Kantone in der Schweiz. Die aktuelle Ungleichheit in der Ständekammer ist eine Benachteiligung und unzeitgemäß. Die Annahme dieser Standesinitiative wäre ein Zeichen für die Gleichberechtigung aller Kantone und würde die föderalistischen Prinzipien der Schweiz stärken. Die Gleichstellung aller Kantone mit vollwertigem Ständerecht betont die föderalen Prinzipien der Schweiz, indem alle Kantone einer politischen Einheit

gleichwertig behandelt werden sollen. Das System funktioniert am besten, wenn alle Mitglieder auf Augenhöhe partizipieren können, was durch diese Massnahmen gefördert würde. Ein volles Ständerrecht für alle Kantone stärkt das Selbstbewusstsein der betroffenen Bevölkerung. Es kann dazu beitragen, dass sich die Kantone als gleichwertige Bestandteile der Schweiz fühlen und Bürgerinnen und Bürger ihre regionale Identität stärker vertreten sehen. Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind eine bedeutende Wirtschafts- und bevölkerungsstarke Region in der Schweiz. Die Region Basel ist international als Wirtschaftsstandort insbesondere für Pharma, Chemie, Logistik und so weiter bekannt. Die Rolle dieser beiden Kantone muss eine stärkere politische Mitbestimmung verdienen. Der Status als Kanton mit einer Standesstimme entspricht nicht mehr der Bedeutung der Region, sowohl bezüglich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als aber auch der Einwohnerzahl. Beide Kantone könnten jeweils mit zwei Stimmen im Ständerat ihr Interesse besser vertreten. Gerade bei den wichtigen Themen, zum Beispiel Finanzausgleich, Infrastrukturausbau, Gesundheitswesen, Wirtschaft und so weiter, könnten sie so ihre Beiträge leisten. Die Aufwertung der Kantone mit einer Stimme könnte im Sinne eines Symbols für eine moderne und integrative Schweiz vorgenommen werden, die auch auf regionale Anliegen eingeht. Damit würde die Schweiz ein klares Zeichen setzen für eine faire Politik. Durch die stärkere Einbindung aller Kantone könnte ermöglicht werden, dass die nationalen Interessen besser mit den regionalen Bedürfnissen abgestimmt werden. Beide Basel als Zentrum von Innovation und Wirtschaft sind relevant für die schweizerische Gesamtpolitik.

Die Annahme der Standesinitiative würde die Gleichberechtigung der demokratischen Mitbestimmung und der regionalen Identität stärken. Zudem könnte sie ein historisches Signal setzen und zur Modernisierung der föderalen Strukturen in der Schweiz beitragen. Die Initiative wäre ein Schritt in Richtung höherer politischer Fairness und Repräsentation für die Region. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der Justiz- und Sicherheitskommission einstimmig.

Simone Abt (SP) sagt, ihre beiden Vorredner hätten bereits hervorragend dargelegt, warum das ein absolutes Muss sei. Ein Punkt ist noch anzufügen: Seit dem 21. Jahrhundert kennt die Schweiz keine Halbkantone mehr, nur in einem Bereich kennt man sie noch: Bei den Standesstimmen. Belastet wird der Kanton Basel-Landschaft voll. Genauso sollte er auch berechtigt sein.

Marc Schinzel (FDP) stellt fest, dass der Landrat bei diesem Thema harmonisch und einheitlich unterwegs sei. Die ganze JSK ist auf einer Linie, wie das ja fast immer der Fall ist. Auch hier gilt: Behalte das Gute! Die FDP-Fraktion wird den Antrag ebenfalls unterstützen. Argumentativ fällt nicht etwas ganz Neues vom Himmel. Es sind dieselben Argumente wie seit Jahr und Tag. Martin Karrer hat diese sehr gut zusammengefasst. Es ist eine Ungleichbehandlung der Kantone. Diese ist historisch bedingt. Man könnte ins Jahr 1832 zurückgehen und den Landratspräsidenten bitten, bei seiner nächsten Rede alle Jahrgänge durchzugehen. Das machen wir jetzt nicht, aber es ist einfach eine Ungleichbehandlung und ein Anachronismus, der dem Gewicht dieser Region Basel-Stadt und Basel-Landschaft in keiner Art und Weise mehr gerecht wird. Man kann schon sagen, im Ständerat ist die Bevölkerung und das Gewicht der Region nicht so vertreten, aber man muss sich Folgendes vor Augen halten: 500'000 Einwohnerinnen und Einwohner von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben dasselbe Gewicht im Ständerat wie 42'000 Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Glarus. Es ist an der Zeit, dort Bewegung rein zu bringen und der entsprechende Verfassungsauftrag besteht ja ebenfalls. Die FDP ist ebenfalls klar dafür, wieder nach Bern zu pilgern. Realistischerweise sind die Erfolgsaussichten relativ gering, weil der Ständerat erst am 16. Juni 2025 die Initiative von Basel-Stadt ohne grosse Diskussion versenkt hat. Vielleicht hat die Baselbieter Delegation aber die besseren Argumente. Marc Schinzel vertraut dem Regierungsrat, in Bern noch die eine oder andere Stimme zu holen. Übrigens ist es wohl wichtig, dass im Ständerat der Antrag gestellt wird, dass abgestimmt wird. Im Juni gab es keine Abstimmung, weil die Vertre-

tung von Basel-Stadt diesen Antrag nicht gestellt hatte oder so ähnlich. Es wird geraten, sich über das Verfahren vorgängig zu informieren, um nicht die Solidarität anderer Kantone zu verpassen.

Tobias Beck (EVP) sagt, alle Argumente seien bereits genannt worden. Die Fraktion Grüne/EVP folgt der Empfehlung des Regierungsrats und ist für die Einreichung der Standesinitiative und die Abschreibung der Motion.

Pascal Ryf (Die Mitte) erklärt, dass die Mitte-Fraktion die Standesinitiative selbstverständlich unterstützt, auch wenn die Erfolgsaussichten relativ klein seien. Im Kommissionsbericht wird das Beispiel des Frauenstimmrechts erwähnt: Manchmal braucht es mehrere Anläufe. Steter Tropfen höhlt den Stein. Vielleicht schafft man es irgendwann. Eine Ablehnung wäre nun ein völlig falsches Zeichen.

Manuel Ballmer (GLP) bedankt sich im Namen der GLP-Fraktion für die Unterstützung. Das Anliegen geht ja auf einen Vorstoss der GLP zurück. Die Unterstützung verwundert aber auch nicht, denn eigentlich darf der Landrat ja gar nicht anders, handelt es sich doch um einen Verfassungsauftrag, sich dafür einzusetzen zu müssen. Seit 2000 sind Halbkantone eigentlich definitiv kein Thema mehr. Die jetzige Situation widerspricht der föderalen Gleichberechtigung total. Die Region ist wirtschaftlich stark, dicht besiedelt und leistet einen wesentlichen Beitrag für die ganze Schweiz. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Stimme des Baselbiets im Ständerat weniger zählt, als die von anderen Kantonen.

Frühere Vorstösse sind zwar gescheitert, aber Demokratie bedeutet eben auch Hartnäckigkeit, so wie die GLP auch immer wieder darauf hinweist, dass sie bei der Beratung dieses Vorschlags in der JSK nicht dabei sein durfte. Das Frauenstimmrecht ist ebenfalls ein Beispiel für Hartnäckigkeit oder der römische Kaiser Cato, der immer wieder auf ein ungelöstes Problem hingewiesen hat, ohne sich damit abzufinden.

Das Resultat von 11:0 Stimmen in der JSK freut die GLP sehr. Es ist ein klares Zeichen und der Landrat hat heute die Chance, dieses Signal zu verstärken und sich für Gerechtigkeit und Gleichstellung einzusetzen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) betont, der Regierungsrat habe den Auftrag zur Ausformulierung dieser Standesinitiative gerne entgegengenommen. Gerade auch, weil es sich um einen Verfassungsauftrag handelt, dass sich der Regierungsrat dafür einsetzt. Natürlich ist es auch der Exekutive ein Anliegen, dass die geteilte Standesstimme irgendwann verschwindet und der Kanton Basel-Landschaft ein Vollkanton ist.

In der Begründung wurde der Fokus etwas anders gelegt, als dies Basel-Stadt getan hat. Vielleicht gibt es eine Nische, womit sich der Ständerat und der Nationalrat überzeugen lassen könnten. Die langandauernde Ungerechtigkeit wurde etwas mehr in den Vordergrund gestellt. Dennoch sind die Chancen wahrscheinlich nicht gross. Wie gross sie wirklich sind, wird man erst wissen, nachdem man es versucht hat. Entsprechend freut sich die Regierungsrätin, gemeinsam mit dem Präsidenten der JSK nach Bern zu reisen und das Anliegen dort vertreten zu dürfen.

::: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Wortlaut Standesinitiative*

Keine Wortmeldungen.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

- *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

- *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 78:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)

vom 28. August 2025

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Die Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht) wird gemäss Beilage beschlossen und eingereicht.*
2. *Die Motion 2023/689 betreffend «Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)» wird abgeschrieben.*

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) stellt fest, dass die Emotionen im Verlauf eines Landrattags manchmal etwas hoch gehen. Das gehört einerseits dazu, andererseits werden alle Ratsmitglieder gebeten, sich zu hintersinnen, welche Voten wann angebracht sind – die Regeln sind allseits bekannt. In diesem Sinne wünscht der Landratspräsident allen Anwesenden einen schönen Abend und schliesst die um 16.30 Uhr.
